



Electronics Watch

Organisation für faire Arbeitsbedingungen in der globalen Computerproduktion

Die unabhängige Monitoring-Organisation Electronics Watch überprüft die Arbeitsbedingungen in der globalen Elektronikindustrie. Auf diese Weise ermöglichen wir eine sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung in Europa.

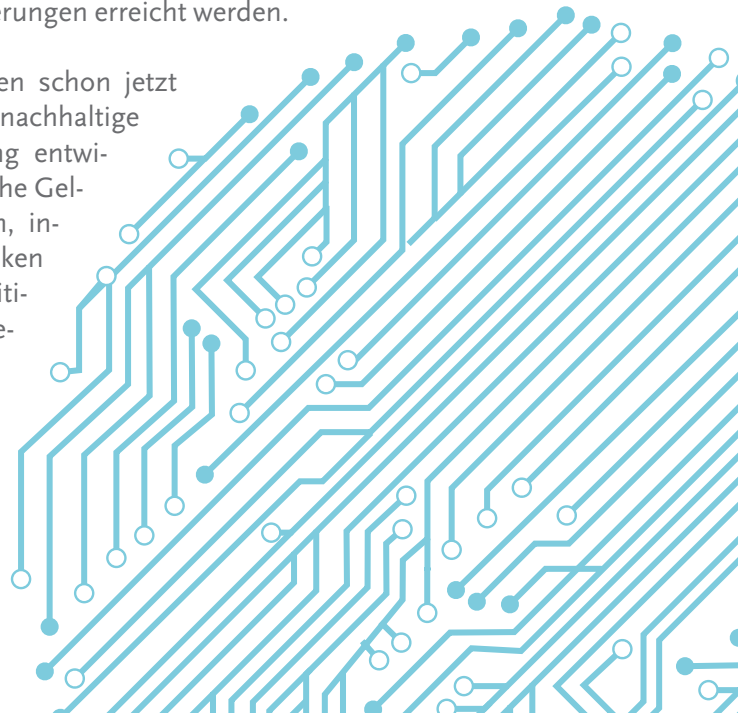
Eine Chance für den öffentlichen Sektor

Die Elektronikindustrie ist eine der am schnellsten wachsenden globalen Branchen. Zwischen 2013 und 2015 wird ein jährliches Wachstum von sieben Prozent erwartet.¹ Doch entgegen dem modernen und sauberen Image sind in dieser Branche die Arbeitsbedingungen oft schockierend.

Öffentliche Behörden und Universitäten sind Großabnehmer von Elektronikergezeugnissen, seien es Computer, Laptops, Smartphones, Tablets oder auch Drucker, Kopiergeräte, Server etc. Gemeinsam haben öffentliche BeschafferInnen eine beachtliche Kaufkraft. Wenn sie koordiniert agieren, können sie daher auch einen beachtlichen Einfluss darauf nehmen, dass in der Elektronikindustrie strukturelle Verbesserungen erreicht werden.

Einige öffentliche Einrichtungen in Europa nehmen schon jetzt eine Vorreiterrolle ein, indem sie Konzepte für eine nachhaltige und sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung entwickeln und verbreiten. Damit zeigen sie, wie öffentliche Gelder verantwortungsvoll eingesetzt werden können, indem sie einen Mehrwert in ihre Beschaffungspraktiken einbringen und sich um soziale Kriterien und politische Kohärenz bemühen. Damit sind sie für BürgerInnen wie auch für Unternehmen ein Vorbild.

¹Global Consumer Electronics Market Forecast von RNCOS, <http://www.reportlinker.com/cio2o6o/Consumer-Electronics.html>



Arbeitsrechte in der Elektronikindustrie

Die Elektronikindustrie ist in den letzten Jahrzehnten von enormem Wachstum und zunehmender Auslagerung in Niedriglohnländer geprägt. NGOs und Gewerkschaften beobachten die menschen- und arbeitsrechtliche Situation in diesem Bereich von Anfang an intensiv und haben zivilgesellschaftliche Netzwerke gebildet.

Die Weltöffentlichkeit wurde durch zahlreiche Berichte dieser Netzwerke, vor allem aber auch durch eine Reihe von Selbstmorden und Selbstmordversuchen in Elektronikfabriken in China auf die groben Arbeitsrechtsverletzungen aufmerksam gemacht, darunter:

Gesundheits- und Sicherheitsprobleme: Es gab unter den ArbeiterInnen schon viele Fälle von schweren Berufskrankheiten, wie Krebs, Leukämie, Leber- und Nierenversagen und auch Fehlgeburten – eine Folge dessen, dass die ArbeiterInnen über lange Zeit gefährlichen giftigen Substanzen ausgesetzt sind, nicht die erforderliche Schutzkleidung zur Verfügung gestellt bekommen und während ihrer Schicht viele Stunden lang stehen müssen.

Keine existenzsichernden Löhne: Viele ArbeiterInnen erhalten für eine Vollzeitstelle in der Fabrik maximal den Mindestlohn, obwohl dieser bei weitem nicht ausreicht, um davon zu leben.

Exzessive Arbeitszeiten: Zu Spitzenzeiten ist es nicht unüblich, dass ArbeiterInnen zwölf Stunden am Tag arbeiten, und zwar sechs bis sieben Tage die Woche.

Zwangsüberstunden: ArbeiterInnen können sich nicht weigern, Überstunden zu machen.

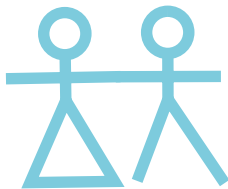
Geldstrafen: Wenn ArbeiterInnen Fehler machen, haben sie oft erhebliche Lohnkürzungen hinzunehmen. Außerdem erhalten die ArbeiterInnen für erlittenes Unrecht keine Entschädigung, da es in den Unternehmen nur wenige oder keine wirksamen Beschwerdemechanismen gibt.

Leiharbeit: Es gibt einen zunehmenden Trend, Arbeitsvermittlungsagenturen zu nutzen, um ArbeiterInnen für die Elektronikindustrie zur Verfügung zu stellen. Diese ArbeiterInnen verdienen weniger als die regulär beschäftigten ArbeiterInnen und haben weniger Rechte, zum Beispiel kein Recht auf bezahlten Krankenstand, keine Urlaubstage und keinen festen Arbeitsvertrag. Letzteres macht es ihnen unmöglich, für ihre Arbeitsrechte zu kämpfen.

Ausbeutung benachteiligter ArbeiterInnen-Gruppen: Es werden zunehmend migrantische ArbeiterInnen und PraktikantInnen als reguläre Arbeitskräfte eingesetzt, allerdings mit weniger Rechten und geringerer Bezahlung.

Missachtung von Gewerkschaftsrechten: In den meisten Unternehmen der Elektronikbranche sind Gewerkschaften nicht erlaubt. Versuche, sich zu organisieren, können sogar gefährlich sein. Dies erschwert es den ArbeiterInnen, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die einzelnen ArbeiterInnen haben nicht die Position, um mit dem Fabriksmanagement zu verhandeln, ganz zu schweigen von Kollektivverhandlungen über Löhne oder Arbeitsbedingungen.

Was muss getan werden?



Die existierenden Ansätze im Kampf gegen Armut und Menschenrechtsverletzungen in der Elektronikindustrie sind offensichtlich nicht erfolgreich. Die Regierungen scheitern an ihrer staatlichen Pflicht zum Schutz der Menschenrechte – trotz der durch die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte bereitgestellten Handlungshilfen. Unternehmen kommen ihrer Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte bislang nicht nach. Verhaltenskodizes von Unternehmen (Codes of Conduct), aber auch soziale Audits versagen in puncto Transparenz und Wirksamkeit.

Derzeit gibt es kein umfassendes, glaubwürdiges und unabhängiges Prüfsystem für die Elektronikindustrie, das ArbeiterInnen und lokale zivilgesellschaftliche Organisationen miteinbezieht. Öffentliche BeschafferInnen, die bereit sind, soziale Kriterien in ihre Ausschreibungen zu implementieren, verfügen bislang über kein wirksames Instrument, dies zu tun, da sie ungenügend Einfluss auf Markenunternehmen und Kontraktfertiger haben.

Electronics Watch

Es fehlt ein System, das es öffentlichen Einrichtungen ermöglicht, durch ihre Beschaffungsentscheidungen einen wirksamen Einfluss auf das Verhalten von Unternehmen und die Lebensbedingungen der ArbeiterInnen auszuüben. Aus diesem Grund arbeiten nun mehrere europäische Organisationen (Details siehe unten) unter Federführung der spanischen NGO SETEM gemeinsam daran, ein Konsortium namens Electronics Watch aufzubauen. Entwickelt werden soll eine unabhängige Organisation zur Überprüfung von Arbeitsbedingungen in der globalen Elektronikindustrie, um sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung in Europa zu ermöglichen.

Electronics Watch wird öffentliche BeschafferInnen und lokale Monitoring-Organisationen zusammenbringen. Gegen Zahlung einer Gebühr werden die öffentlichen Einrichtungen und Institutionen mit aktuellen Informationen über ihre Lieferanten versorgt, die Arbeitsbedingungen vor Ort überprüft und Verfahren bereitgestellt, um auf Nichteinhaltungen zu reagieren.

Electronics Watch lehnt sich eng an das für den Bekleidungssektor bewährte Modell des Worker Rights Consortium (www.workersrights.org) aus den USA an. Die Mitglieder dieses Konsortiums fordern von ihren Lieferanten die Einhaltung internationaler Arbeitsrechte. Durch ihre kumulierte Kaufkraft schaffen sie Anreize für nachhaltige und sozial verantwortliche Arbeitsbedingungen entlang der Lieferkette.

Wir wollen Electronics Watch bis Mitte 2015 mit einer ersten Gruppe von 50 öffentlichen BeschafferInnen aus ganz Europa aufbauen. NGOs und Gewerkschaften aus dem Süden werden ebenso wie europäische öffentliche BeschafferInnen und ExpertInnen in der Führung der neuen Organisation gleiches Mitspracherecht haben.

Seien Sie von Anfang an mit dabei!

Wir möchten uns mit Stakeholdern treffen, die daran interessiert sind, sich zu engagieren. Wir wollen mit Ihnen klären, wie Sie sich einbringen können, und herausfinden, wie wir diese Organisation am besten Ihren Bedürfnissen entsprechend gestalten.

Im Folgenden einige Möglichkeiten für verschiedene Interessensgruppen, sich bereits jetzt einzubringen:

Öffentliche BeschafferInnen: Treten Sie unserem Expertengremium bei und gestalten Sie die Organisation mit, werden Sie BotschafterIn der Organisation oder stellen Sie uns auch erstmal einfach Ihre Fragen.

NGOs aus dem Süden: Treten Sie unserem Expertengremium bei und gestalten Sie die Organisation mit, bewerben Sie sich als PartnerIn für die Überprüfung oder stellen Sie uns auch erstmal einfach Ihre Fragen.

WissenschaftlerInnen: Helfen Sie uns dabei, Recherchen zur Elektronikindustrie und zu Menschenrechtsverletzungen durchzuführen, Lieferketten und europäische öffentliche Beschaffung abzubilden und Modelle zur Verbesserung von ArbeiterInnenrechten zu entwickeln, treten Sie unserem Expertengremium bei und gestalten Sie die Organisation mit oder stellen Sie uns auch erstmal einfach Ihre Fragen.

NGOs, Gewerkschaften, AktivistInnen oder Nachhaltigkeits- und Ethiknetzwerke: Treten Sie unserem Expertengremium bei und gestalten Sie die Organisation mit, beteiligen Sie sich an der Kampagne oder stellen Sie uns auch erstmal einfach Ihre Fragen.

Wenn Sie aktiv werden wollen oder auf andere Weise einen Beitrag leisten können, wenden Sie sich bitte an Ihren Partner vor Ort, den Sie weiter unten angeführt finden.

Projektpartner

WEED und seine Partnerorganisationen aus Spanien, Österreich, Dänemark, Großbritannien, den Niederlanden und Polen werden von zahlreichen Kooperationspartnern unterstützt – darunter öffentliche Verwaltungen, Universitäten, Forschungszentren und zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Netzwerke aus Europa, den USA, China, Mexiko und anderen Schlüsselregionen der Elektronikindustrie. Gemeinsam werden wir aktuelle Untersuchungen zu den sich ständig verändernden Facetten der Elektronikindustrie und der öffentlichen Beschaffung durchführen, die Arbeitsbedingungen in Fabriken rund um den Globus untersuchen, die neuesten Fortschritte in der Rückverfolgbarkeit von Lieferketten erforschen und Workshops durchführen. Wir werden außerdem Standards entwickeln, die unsere Mitglieder für ihre Beschaffungspraktiken nutzen können, sowie einen Verhaltenskodex, auf den sich BeschafferInnen rechtlich berufen können. Das Projekt wird durch Finanzmittel der Europäischen Union unterstützt und arbeitet völlig unabhängig von den Unternehmen, die wir überprüfen.

Projektpartner in den verschiedenen europäischen Ländern können Sie über die Website www.electronicswatch.org (freigeschaltet voraussichtlich ab Juli 2013) oder über die jeweiligen Partner-Websites kontaktieren:



weed

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.
Berlin, Deutschland
Annelie Evermann
Tel. 030 – 280 41 811
Mail: annelie.evermann@weed-online.org
www.weed-online.org
www.pcglobal.org



SETEM (Europäische Koordination)
Barcelona, Spanien
www.setem.cat



Centre for Research on
Multinational Corporations (SOMO)
Amsterdam, Niederlande
www.somo.nl



FUNDACJA
CENTRUMCSR.PL

Centrum CSR.PL
Warschau, Polen
www.centrumcsr.pl



Danwatch
Kopenhagen, Dänemark
www.danwatch.dk



People & Planet
Oxford, UK
www.peopleandplanet.org



Südwind Agentur
Wien, Österreich
Andrea Ben Lassoued
www.suedwind-agentur.at
www.clean-it.at



Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung sind allein die Herausgeber verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.

